

INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,
Fernsehen

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de



Gewerkschaft
der Polizei

Bundesvorstand

Berlin, 13. bis 16. November 2006

Mittwoch, 15. November 2006

23. Ordentlicher Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei

Grundsatzreferat zum Kongressmotto:

Polizei für die Sicherheit – Sicherheit für die Polizei

Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Welche Zukunftsperspektiven haben wir?

Diese Frage stellt sich jeder Einzelne – und wir als Organisation.

Was wird aus mir – habe ich weiterhin Arbeit oder bekomme ich wieder welche?

Was ist, wenn ich krank oder alt bin, wie wird es einmal meinen Kindern oder Enkeln gehen?

Wohin entwickelt sich unsere Gesellschaft – wie sieht es mit der Umwelt aus, ist der Frieden gesichert oder wohin entwickelt sich die Innere Sicherheit?

Wo stehen wir als Organisation und wo wollen wir hin?

Für welche Werte stehen wir und wie können wir sie umsetzen?

Aber es darf nicht nur beim Fragen bleiben.

Wir müssen gemeinsam Antworten finden.

Das dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen zu Recht von uns erwarten.

Die Ursachen für die fehlenden Zukunftsperspektiven sind leicht auszumachen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190

Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Sie liegen natürlich in den schwierigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und gehen zurück auf die zum Teil erheblichen sozialen Verschlechterungen der letzten Jahre.

Doch Vieles wird auch schlecht geredet, ist Stimmungsmache von interessierter Seite.

- Häufig mangelt es an Gestaltungswillen, denn wer möchte schon eine Zukunft aufzeigen, die mit Verschlechterungen, sozialen Einschnitten, mit dem Abbau von Individualrechten oder mit Abbau von Sicherheit verbunden ist?
- Wer möchte schon zugeben, dass ihm die Kraft und die Möglichkeiten fehlen, um bestimmte Entwicklungen zu beeinflussen?

Das ist auch der Grund, weshalb die Politik viele Probleme zu lange ausgesessen hat und sich damit auch immer weiter in eine Sackgasse hineinmanövriert hat.

SPD und CDU sind auf der Suche nach einer neuen Orientierung und arbeiten an zukunftsfähigen Programmen.

Diese sind dringend erforderlich, weil sich in den letzten Jahren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert haben.

Die Auswirkungen der Globalisierung, die demografische Entwicklung, die Erschütterung sozialer Strukturen und der Verlust der Werte sowie die weltweiten Konflikte haben unsere Welt in den letzten Jahren verändert. Darauf müssen sich die Parteien einstellen.

Das gilt natürlich auch für die Gewerkschaften; und damit auch für uns.

Ausgehend von einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation des Betriebes, hat Dr. Wendelin Wiedeking, der Vorstandsvorsitzende der Porsche AG, einmal den Weg beschrieben, den er zusammen mit den Beschäftigten der Porsche AG gegangen ist:

1. Die Situation, in der man sich befindet, schonungslos und ehrlich analysieren. Man muss überzeugen, dass Veränderungen notwendig sind, die Weichen neu zu stellen sind.
2. Sich auf eigene Stärken besinnen.
3. Eine Vision entwickeln. Perspektiven und Ziele aufzeigen.
4. Deutlich kommunizieren, was man will und was man tut. (Image schaffen)

Heute gehört Porsche zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Unternehmen.

Und ich darf Dr. Wendelin Wiedeking auch zu einem anderen Themenbereich zitieren:

„Ein nicht unerheblicher Teil der heutigen Entscheidungsträger in der Wirtschaft hat sich offenbar relativ weit vom Wertekanon entfernt, der sich über Jahrhunderte in unserem Land herausgebildet hat.“

Recht hat er!

Aus meiner Sicht ist eine Analyse und Bewertung zu einigen grundsätzlichen gesellschaftlichen Entwicklungen, zu einigen Aspekten der aktuellen Sicherheitslage notwendig.

Und dazu möchte ich ein paar Anregungen für zukünftige Diskussionen geben.

Neue Perspektiven können nur in einem kritischen Dialog entwickelt werden, weil sie bisherige vorhandene Positionen und Forderungen in Frage stellen.

Man muss also wissen, auf welcher Grundlage man sich befindet, welche Ziele man verfolgt und wie man sie erreicht.

Willy Brandt hat einmal gesagt:

Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will, muss verändern, was der Erneuerung bedarf!

Zum Stellenwert der Inneren Sicherheit

Der Staat soll das Wirtschaftsleben vor Angriffen anderer Staaten schützen, er soll die Sicherheit zwischen den Bürgern gewährleisten und jene Einrichtungen schaffen, die nicht durch die Initiative des Einzelnen entstehen oder entstehen können – so Adam Smith, der heute als Vordenker des liberalen Marktes gilt.

In diesem Punkt will ich dem Mann ausdrücklich zustimmen. Und ich würde mir wünschen, manch neoliberaler Rhetoriker, der heute alles und jedes deregulieren, privatisieren und entbürokratisieren will, würde auch diese Passage aus dem großen Werk des englischen Wirtschaftsphilosophen kennen.

Denn Adam Smith hat Recht: Sicherheit zu gewährleisten, ist eine Aufgabe des Staates. Sie ist sogar die eigentliche und letzte Rechtfertigung für die Existenz des Staates überhaupt – da wissen wir uns mit dem Bundesverfassungsgericht einig.

Außerdem ist es ein Grundbedürfnis der Menschen, in Sicherheit zu leben. Der Staat ist verpflichtet, diesem Grundbedürfnis zu entsprechen. Er muss seine Fähigkeit wie seine Bereitschaft zum Schutz und zur Durchsetzung der Rechtsordnung nicht nur erhalten, sondern sie deutlich sichtbar zeigen. Und das ist in erster Linie Aufgabe der Polizei!

Und ich füge hinzu, wer die Innere Sicherheit ausschließlich unter den Kostenaspekten betrachtet, wird dem Grundgedanken polizeilicher Aufgabenwahrnehmung nicht gerecht.

„Polizei für die Sicherheit – Sicherheit für die Polizei“

So lautet unser Kongressmotto.

„Polizei für die Sicherheit“ – deshalb setzen wir uns hier mit Fragen der Inneren Sicherheit sowie mit Aufgaben und Rolle der Polizei auseinander.

„Sicherheit für die Polizei“ – ist der andere Leitgedanke unseres Kongressmottos. Wir beschäftigen uns deshalb mit den verschiedenen Aspekten der Sicherheit für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Beides gehört zwingend zusammen, die Sicherheit für die Polizei muss gewährleistet sein, damit die Polizei für die Sicherheit sorgen kann.

Und daraus ergeben sich zwangsläufig die zukünftigen Aufgaben und die Prioritäten-
setzung für die Gewerkschaft der Polizei.

Zur Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Situation

Ich möchte auf ein paar Aspekte eingehen

- **Die Haushalte von Bund und Ländern weisen hohe Defizite auf**
An der desolaten Situation ändern auch die zurzeit so genannten „sprudelnden Steuerquellen“ nichts.
Ohne Zweifel stehen Bund, Länder und Gemeinden vor äußerst schwierigen Haushaltslagen, ist die Höhe der staatlichen Verschuldung beunruhigend.

Doch ich möchte noch einmal deutlich machen, verursacht wurden diese Defizite in erster Linie durch das Wegbrechen staatlicher Einnahmen – nicht durch steigende Personalkosten.

Seit 1998 wurden nämlich mehr als eine halbe Million Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut, die Arbeitszeiten erhöht und die Einkommen gekürzt.

- **Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme**
Die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherheitssysteme gerät ins Wanken, u. a. als Folge der Deutschen Einheit, durch einen tief greifenden demografischen Wandel und vor allen Dingen durch den stetigen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.
Auch hier liegt der Schlüssel in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
Und auch die Regelungen für Mini- und Midi-Jobs gehören auf den Prüfstand.
Armutslöhne, die den Weg in die Armut ebnen, müssen verhindert werden.

- **Weltweite Krisenherde**

Die Zunahme der weltweiten Krisenherde und die Dimension der Bedrohung ängstigen. Auch sind immer häufiger deutsche Soldaten in meist friedenserhaltender Mission präsent. Dies gilt auch für deutsche Polizisten/-innen.

Viele dieser weltweiten Konfliktherde, ob im Irak oder in Afghanistan, drohen sich eher zu verschärfen, als dass eine Lösung, ein Ende in Sicht ist.

Auswirkungen und Folgen dieser Einsätze, werden uns noch zukünftig im besonderen Maße beschäftigen – wir müssen auch mit Toten unter den deutschen Soldaten und Polizisten rechnen.

- **Der Trend zur Individualisierung**

Den Nachbarn zu kennen, ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr.

Die Individualisierung unserer Gesellschaft schreitet voran und das Gemeinschaftsgefühl und die Verantwortung für einander nehmen ab. Das „Ich-Gefühl“ löst das „Wir-Gefühl“ ab.

Eine unbegrenzte Fortentwicklung der Individualisierung würde unserer Gesellschaft schweren politischen Schaden zufügen. Unser gesamtes Sozialgefüge und unsere sozialen Sicherungssysteme würden zusammenbrechen. Aber es darf nicht sein, dass nur Krisen und Katastrophen noch zum Zusammenhalt führen.

Ich bin fest überzeugt, dass sich zukünftig auch wieder ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl entwickeln wird.

Es kommt auch auf das richtige Verhältnis zwischen Gemeinschaft und Individuum an.

Das bedeutet für uns Gewerkschaften auch, den Einzelnen zu sehen und seine individuellen Bedürfnisse ernst zu nehmen, ohne die gewerkschaftliche Schutzwirkung durch vereinbarte Solidarstandards aus den Augen zu verlieren.

- **Zunehmende Globalisierung**

Die zunehmende Globalisierung und ihre Auswirkungen werden für die Menschen immer undurchschaubarer.

Wer könnte von sich behaupten, hier noch alle Zusammenhänge zu erkennen? Die nationale aber auch die internationale Politik schaut dem nahezu tatenlos zu. Es fehlt an Instrumenten, den Wirtschafts- und Finanzfluss und die damit verbundenen Fehlentwicklungen zu beeinflussen. Es fehlt auch der ernsthafte Wille, auf internationaler Ebene gestaltend einzugreifen. Die Wirtschafts- und Finanzmärkte wurden weltweit geöffnet.

Auch für Menschenrechte, soziale Standards und Arbeitnehmerrechte gibt es internationale Vereinbarungen – doch umgesetzt werden diese Prinzipien nur in einigen Staaten und in nationaler Verantwortung - und dies in sehr unterschiedlicher Ausprägung.

Hier ist Europa, hier sind die europäischen Staaten in der Pflicht. Nur wenn es gelingt, die Menschen zu überzeugen, dass wir ein soziales Europa anstreben, das ihnen durch Sozialstandards Sicherheit bietet, bekommt die Europäische Einigung ein menschliches Antlitz und die Zustimmung der Menschen.

Polizei für die Sicherheit

Im Bereich der Inneren Sicherheit gibt es eine Reihe von Aspekten, die uns zukünftig noch große Sorgen machen werden und daher mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit gebührt:

- Zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft

Wir als Polizei spüren es schon lange.
Unsere Gesellschaft driftet auseinander.
Die Armut nimmt zu.

Hoffnungslosigkeit und soziale Verwahrlosung sind immer häufiger anzutreffen. Häufig eine Mischung aus Gewalt, Alkoholismus und Verslummung. Das wird in den Großstädten immer deutlicher Häuser, Straßen, Stadtteile verwahrlosen immer mehr.

Dabei spielt die mangelnde Integration von Mitbürgern ausländischer Herkunft eine Rolle. Eine schwierige gesellschaftliche Aufgabe, die aber zwingend angegangen werden muss, will man nicht ganze gesellschaftliche Gruppen oder Bezirke sich selbst überlassen.

Auch das polizeiliche Einschreiten wird für die Kolleginnen und Kollegen immer schwieriger und gefährlicher – durch Gegenwehr manchmal fast unmöglich. Oft genug schlagen uns sogar Frust und Hass entgegen.

- Zunehmende Gewaltkriminalität

Seit Jahren steigt die Gewaltkriminalität, doch wahrgenommen wird sie nur dann, wenn eine besonders grausame Tat passiert.
Auch dies ist ein deutliches Signal für eine gesellschaftliche Fehlentwicklung. Zumal es sich überwiegend um jugendliche Gewalttäter, Gewalt in der Familie und gegen Frauen und Kinder handelt.

- Zunehmender Rechtsextremismus

Ähnlich verhält es sich mit der Wahrnehmung des Rechtsextremismus. Wir erleben es tagtäglich, bei den Großeinsätzen zum Schutz der NPD-Demonstrationen oder bei Gewalttaten durch Neonazis. Auch diese Zahlen sind in den letzten Jahren gestiegen. Das kann jeder in der polizeilichen Statistik oder auch in den Verfassungsschutzberichten nachlesen.
Doch leider muss immer erst was passieren, damit eine gesellschaftliche Fehlentwicklung die nötige öffentliche Aufmerksamkeit erhält.
Erst dann reagiert die Politik.

Aktueller Höhepunkt der Zunahme des Rechtsextremismus: der Einzug der NPD in den Schweriner-Landtag. Dies muss Folgen haben. Da reicht es nicht, wenn ein Präsidium oder ein Landtag Beschlüsse fassen.

Öffentliche Empörung ist gut, aber dabei darf es nicht bleiben.

Wir als GdP werden immer wieder mahnend auf diese Entwicklungen hinweisen. Wir wollen einen Beitrag leisten und praktikable Vorschläge zur Bekämpfung des Rechtsextremismus machen. Das werden wir ausführlich im Zusammenhang mit unserer Resolution diskutieren.

- **Islamistischer Terrorismus**

Der islamistische Terrorismus ist die größte sicherheitspolitische Herausforderung für die nächsten Jahre. Seine Bekämpfung ist allein mit polizeilichen oder militärischen Mitteln nicht möglich. Auf lange Sicht kann der Terrorismus nur besiegt werden, wenn seine Bekämpfung von einer geistig-politischen Auseinandersetzung begleitet wird.

Wir müssen Menschen, die aus anderen kulturellen und religiösen Kreisen zu uns kommen, besser integrieren. Wer unsere Grundrechte nicht akzeptiert, gehört nicht hierher.

Und ich wiederhole:

Die Kürzungen bei der Polizei, insbesondere im Personalbereich, sind angesichts dieser Bedrohungslage verantwortungslos und werden sich noch rächen.

- **Auslandseinsätze der Polizei/Bundeswehreinsatz im Inneren**

Immer häufiger werden deutsche Polizistinnen und Polizisten im Ausland eingesetzt, insbesondere in den weltweiten Krisengebieten: sei es in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, Georgien, Liberia, Sudan, Palästina, Ukraine, Afghanistan und neuerdings auch im Libanon. Mittlerweile waren ca. 4.500 Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern im Rahmen von Auslandsmissionen tätig.

Nun stehen wir vor einer neuen Dimension der polizeilichen Auslandseinsätze – in Quantität und Qualität.

Nach unseren Informationen, nach Gesprächen mit politisch Verantwortlichen, plant die Bundesregierung eine deutliche Erhöhung der Polizeikontingente in Afghanistan.

Dies soll offensichtlich ein politisches Trostpflaster dafür sein, dass die Bundeswehr verständlicherweise nicht im gefährlichen Süden des Landes eingesetzt werden soll.

Wir halten dieses Vorhaben für verantwortungslos, denn die Polizei kann kein Lückenbüßer für die Bundeswehr sein.

Auch für Polizisten ist es in Afghanistan, in Kabul zunehmend gefährlicher geworden.

Hinzu kommt die Ankündigung des Bundesverteidigungsministers Jung, die Bundeswehr in Bosnien zu reduzieren, weil sie dort, so der Verteidigungsminister, nur noch Polizeiaufgaben wahrnehmen. Vergleichbare Äußerungen gibt es zum Kosovo.

Es wird immer verrückter: Einerseits will der Bundesverteidigungsminister Jung die Bundeswehr u. a. in Bosnien abziehen, weil sie überlastet ist, andererseits soll die Bundeswehr aber die Polizei im Inneren verstärken.

Und die Polizei ist nach Auffassung von Bundesinnenminister Schäuble personell nicht in der Lage, die Menschen im Inneren vor Terroranschlägen zu schützen (siehe Fußballweltmeisterschaft), aber andererseits soll die Polizei verstärkt im Ausland eingesetzt werden. Ich glaube, es fehlt den politisch Verantwortlichen die Orientierung.

Nach dem Motto:

Ob Vogelgrippe oder Oderflut, die Bundeswehr tut auch dem Fußball gut.

Ich meine jedoch: jeder macht das, was er kann und wofür er ausgebildet ist.

Die Bundeswehr ist für die äußere Sicherheit zuständig, und die Polizei für die Innere Sicherheit, und wo die Polizei im Rahmen der Amtshilfe Unterstützung braucht, da hilft die Bundeswehr.

- **Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität**

Obwohl die Wirtschaftskriminalität immense Schäden verursacht, können die Ermittlungsbehörden aus Gründen mangelnder Kapazität nur eingeschränkt tätig werden.

Der zuständige Senat des BGH hat im Zusammenhang mit dem „Kölner Müllskandal“ betont, dass bei vielen großen Wirtschaftsstrafverfahren keine adäquate Bestrafung erfolgt, weil für die gebotene Aufklärung der komplexen Sachverhalte nicht genügend Ressourcen zur Verfügung stehen.

Es stimmt also doch: Die „Kleinen“ kriegt man - und die „Großen“ lässt man laufen.

Die Einschätzung des BGH ist umso besorgniserregender, als die Zahl der Unternehmen, die Opfer von Wirtschaftskriminalität werden, europaweit steigt.

Eine aktuelle wissenschaftliche Studie belegt: In den letzten beiden Jahren wurde jedes zweite deutsche Unternehmen Opfer eines Wirtschaftsdeliktes. Die deutschen Unternehmen verloren damit Millionen. Nur die Polizei weiß nichts davon. Ein unhaltbarer Zustand für einen funktionierenden Rechtsstaat.

- **Veränderungen der Sicherheitsarchitektur**

Die Anforderungen an die Sicherheitspolitik haben sich in den letzten Jahren gravierend verändert. Hinzu kommen die dargestellten gesellschaftlichen Entwicklungen, mit daraus resultierenden Folgen für die Innere Sicherheit.

Hierbei sind die defizitären Haushalte von Bund, Länder und Gemeinden zu nennen, aber auch das Vordringen des neoliberalen Gedankengutes.

Das Zurückdrängen bzw. der Ausverkauf des Staates. Staatliche Leistungen werden privatisiert.

Aber der Wunsch der Menschen nach Sicherheit und Ordnung ist geblieben.

Das hat Folgen:

Das Geschäft der Privaten Sicherheit boomt. Derzeit erwirtschaften die bundesweit rund 3000 Unternehmen der Branche mit 180 000 Mitarbeitern rund 4,24 Milliarden Euro Umsatz.

Die großen Konzerne haben sich zwischenzeitlich eigene Sicherheitsabteilungen aufgebaut, die nicht nur den klassischen Werkschutz wahrnehmen, sondern insgesamt für den Schutz des Unternehmens zuständig sind.

- zum Schutz vor Wirtschaftskriminalität, Industriespionage, insbesondere was den Schutz der IT-Technik erfordert.

- bis hin zur normalen Kriminalität durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Kommunen haben zum Teil kommunale Ordnungsdienste eingerichtet. Einzelne Länder forcieren den Ausbau von freiwilligen Polizeidiensten mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen.

Bei den Sicherheitsbehörden des Bundes - BKA, Bundespolizei und Zoll - wächst der Bedarf nach Koordination, da es zunehmend Überschneidungen in der Aufgabenwahrnehmung gibt

Die neuen Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus – spätestens nach dem 11. September 2001 – machen auch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Nachrichtendiensten – Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst – erforderlich. Auch die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundeswehr verändert sich. Insbesondere im Miteinander – bei bestehenden unterschiedlichen Aufgaben – bei gemeinsamen Auslandseinsätzen, aber auch im Inland bei den Aufgaben des Katastrophen-Schutzes.

Diese grundlegenden Veränderungen im Sicherheitsbereich haben Konsequenzen bei der Aufgabenwahrnehmung für die Innere Sicherheit und auf die Sicherheitsarchitektur in Deutschland.

Herausragende Beispiele sind

- das gemeinsame Terrorabwehrzentrum in Berlin, wo alle Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten

und

- die geplante Terror-Datei.

Für die Gewerkschaft der Polizei gibt es jedoch – nach wie vor - ein paar unverrückbare Grundsätze:

- Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendienste hat sich bewährt und muss beibehalten werden.
- Die Aufgabenteilung zwischen Bundeswehr und Polizei muss im Grundsatz bestehen bleiben.
Einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren für Polizeiaufgaben, außer im Rahmen der Amtshilfe und des Katastrophenschutzes, lehnen wir ab.
Die Bundeswehr soll lediglich im Rahmen der Amtshilfe in den Fällen unterstützend tätig werden, wo die Polizei nicht über die entsprechenden Mittel verfügt:
 - Luft- und Seesicherheit.
- Der Staat muss seiner Verantwortung für die Innere Sicherheit gerecht werden.
Hoheitliche Maßnahmen sind Aufgaben der Polizei und dürfen nicht privatisiert werden. Alles andere ist verantwortungslos.

Sicherheit für die Polizei

Damit die Polizei die Sicherheit gewährleisten kann, braucht auch die Polizei Sicherheit.

Dies gilt für Beamtinnen und Beamte im Vollzug und in der Verwaltung wie für die Beschäftigten im Tarifbereich oder auch bei den anderen Sicherheitsbehörden.

In erster Linie benötigen unsere Kollegen und Kolleginnen vernünftige Arbeitsbedingungen im alltäglichen Dienst und im akuten Einsatzgeschehen.

Doch genauso verdienen sie eine wirtschaftliche und soziale Absicherung für sich und ihre Angehörigen.

- und sie müssen Planungssicherheit für ihre persönliche Lebensgestaltung haben.

Die Folgen der Verlagerung des Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrechtes stellen uns vor große Herausforderungen.

Diese Kleinstaaterei wird Blüten treiben. Die Ministerpräsidenten bauen sich Fürstentümer und teilen ihren Untertanen das Geld zu. Und unter ihnen ist kein edler Ritter auszumachen.

Es wäre ja alles nicht so schlimm, wenn es sich um eine Entwicklung nach „oben“ handeln würde.

Nein, es besteht die reale Sorge, dass Beschäftigte gegeneinander ausgespielt werden und gleichzeitig auf diesem Wege die gewerkschaftliche Solidarität beeinträchtigt wird:

- ob Beamtinnen und Beamte, Tarifbeschäftigte und Versorgungsempfänger.

Der Staat entsolidarisiert sich.

Und nun kommt in Bund und Ländern noch die so genannte leistungsorientierte Bezahlung – in unterschiedlicher Ausprägung.
Das wird uns allen noch sehr viel Ärger bereiten.

Es soll eine individuell unterschiedliche Bezahlung in den einzelnen Besoldungsgruppen erfolgen.

Nach welchen Kriterien?
Wer entscheidet darüber?

Auch hier besteht die Gefahr, dass die Menschen sich entsolidarisieren, dass die Gemeinschaft darunter leidet und dass Egoismus und Opportunismus gefördert werden.

Das ist nicht die Welt, wie wir sie uns vorstellen.

Laufbahnchaos und Besoldungswettbewerb werden nicht zur Verbesserung der Inneren Sicherheit beitragen, denn die Motivation leidet, wenn eine wachsende Zahl von politisch Verantwortlichen uns das Leben immer schwerer macht.

Die Föderalismusreform ist auch eine Gefahr für die zweigeteilte Laufbahn, weil einige Länder die Absicht haben, eigene Laufbahnen für die Polizei zu schaffen oder gar die Eingangsbesoldung abzusenken.

Voraussichtlich wird es in Bund und Länder verschiedene Wege geben.
Wir bleiben dabei: Die polizeiliche Arbeit muss dem gehobenen Dienst zugeordnet werden. Das muss unser Ziel bleiben, auch wenn dieses Ziel im Bund und in den meisten Ländern noch weit entfernt ist.

Eine ganz zentrale Bedeutung hat für uns die Ausbildung. Angestoßen durch die Weiterentwicklung der Polizeiführungsakademie zur Deutschen Hochschule für Polizei und den Bologna-Prozess auf EU-Ebene, arbeiten heute die meisten Bundesländer an einer Umstellung ihrer Fachhochschul-Studiengänge auf den Bachelor-Abschluss. Einige Bundesländer gehen jedoch Wege, die wir als GdP kritisch bewerten bzw. ablehnen.

In Hamburg ist geplant, dass das Grundstudium der Fachhochschule gemeinsam mit der privaten Sicherheit erfolgen soll.
Außerdem sollen die Studenten während dieser Zeit keine Besoldung erhalten.
Andere Länder haben bereits bzw. planen vergleichbare Ausbildungsgänge.
Dies ist aus unserer Sicht ein Irrweg.

In diesem Jahr haben die Tarifbeschäftigten sogar einen Arbeitskampf führen müssen – und im Ergebnis nach 14 Wochen erfolgreich abgeschlossen:

Wir haben erreicht, dass neben dem TVÖD im Bund am 1. November 2006 auch ein Tarifvertrag für die Länder (außer für Berlin und Hessen) in Kraft getreten ist.
Damit wurde die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und auch der Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst gerettet.

Doch auch hier zeichnen sich bereits neue, große Herausforderungen ab: Durch den Abschluss des Tarifvertrages für die Länder haben die Tarifvertragsparteien in den Punkten Arbeitszeit, Sonderzahlung und vermögenswirksame Leistungen ein gesondertes Kündigungsrecht vereinbart.

Anders wäre ein Abschluss zum TVL gar nicht denkbar gewesen.

Das stellt uns im Jahr 2008 vor eine völlig neue Situation. Arbeitszeit und Sonderzahlungen stehen in den einzelnen Ländern zur Disposition. Im gleichen Jahr werden außerdem die Verhandlungen zur VBL fällig, also zur zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Tarifbeschäftigten. Dies erhöht die Anforderungen an die Tarifpolitik, insbesondere in den Landesbezirken, die diese Auseinandersetzung führen müssen.

Ihr seht, auch im Tarifbereich liegt in nächster Zeit noch weiter Zündstoff. Dafür brauchen wir dann eine gut gefüllte Streikkasse. Und gemeinsam sollten wir uns auf die absehbaren Entwicklungen vorbereiten.

Wir dürfen uns dabei von den Arbeitgebern nicht auseinanderdividieren lassen. Weder zwischen den Beschäftigtengruppen noch zwischen den Beschäftigten verschiedener Länder. Geschlossenheit ist mehr denn je gefragt!

Die werden wir auch bei der Auseinandersetzung bei den Veränderungen im Gesundheits- und Rentensystem brauchen!

Personalsituation

Bundesweit haben wir heute über 7.000 Polizistinnen und Polizisten weniger als vor 5 Jahren. Die Gesamtzahl ist von 273.000 auf 266.000 gesunken.

Dazu kommt noch die Streichung von über 6.000 Stellen im Tarifbereich.

Für die nächsten Jahre ist in den meisten Bundesländern die Streichung von vielen weiteren Tausend Polizistenstellen geplant.

Gefahren des Polizeiberufes

Vor allem die gestiegene Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft bekommen wir zu spüren. Allein im vergangenen Jahr wurde weit über 25.000 Mal Widerstand gegen die Staatsgewalt verzeichnet – das bedeutet einen Anstieg von rund 50% in den letzten 10 Jahren!

Unseren Kolleginnen und Kollegen schlägt bei Einsätzen immer häufiger offene Feindschaft entgegen. Sie werden bespuckt, geschlagen, getreten, mit Flaschen und Steinen beworfen, sogar mit Waffen bedroht und angegriffen.

Natürlich ist so etwas auch früher schon vorgekommen; doch seit einiger Zeit hat nicht nur die Zahl der Angriffe zugenommen, auch ihre Intensität lässt sich kaum noch mit früheren Maßstäben messen.

Bei Großeinsätzen, wie Demonstrationen und Fußballspielen, wird die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten für jedermann deutlich. Aber gerade alltägliche Einsätze eskalieren immer häufiger. Wir beklagen die Verrohung unserer Gesellschaft- und unsere Kolleginnen und Kollegen sind oft als erste mit den Folgen gesellschaftlicher Defizite konfrontiert.

Einige haben diese Entwicklung sogar mit ihrem Leben bezahlt.

Die Innere Sicherheit ist abhängig von einer personell und technisch gut ausgestatteten Polizei, die gut ausgebildet ist und vor allen Dingen, in der jeder einzelne Beschäftigte dementsprechend hoch motiviert ist. Da liegt der Schlüssel für den polizeilichen Erfolg.

Die Besinnung auf eigene Stärken

Gemeinsam können wir Stolz auf das Erreichte sein

Wir haben einen Beruf, der für viele junge Leute als begehrtester Beruf genannt wird (in Schüler-Umfragen die Nr. 1).

Wir haben als Polizei bei den Bürgern einen hohen Vertrauensvorsprung. Das zeigen immer wieder die Umfragen. Das ist das Ergebnis jahrelanger harter Arbeit.

Wir sind eine gut ausgebildete, professionelle Polizei. Weltweit werden wir bei Auslandsmissionen, beim Aufbau anderer Polizeien, gerne gesehen. Die gewünschten Kontingente können wir bei weitem nicht erfüllen. Die deutsche Polizei wird zunehmend zum außenpolitischen Instrument, zum Exportschlager.

Auch einen Vergleich mit anderen Polizeien in Europa und in der Welt brauchen wir nicht zu scheuen. Das gilt für die Ausbildung, für die Ausstattung und für die sozialen Standards.

Auch die Gewerkschaft der Polizei hat einen guten Ruf. Und das auch als Vergleich zu anderen, wesentlich größeren Gewerkschaften.

Das gilt für unsere Akzeptanz in der Öffentlichkeit und Politik und die Wahrnehmbarkeit in den Medien.

Bei allen bestehenden Problemen:
Das alles sind Gründe stolz zu sein.

Eine gute Grundlage für unsere weitere Arbeit.
Die müssen wir strategisch nutzen.

Perspektiven für die GdP

Es gibt keine realistische Alternative:
Wir müssen die Chancen der Veränderungen nutzen.

Wir brauchen die Solidarität aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wenn wir eine Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft feststellen, wenn wir durch die Föderalismusreform eine Entsolidarisierung des Staates feststellen, dann dürfen wir nicht eine Entsolidarisierung der Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer zulassen.

Unsere Geschlossenheit ist unser Kapital.

Das gilt auch für den Verbund mit den anderen Gewerkschaften im DGB. In zentralen sozialpolitischen Fragen gibt es hierzu keine Alternative. Nur so haben wir die Chance der Einflussnahme.

Das dies natürlich, bei 6,7 Millionen Mitgliedern in 8 Gewerkschaften nicht immer ganz einfach ist, brauche ich euch nicht zu erzählen, da haben wir alle unsere Erfahrungen.

Wir sind es unseren Mitgliedern schuldig, ihre Interessen, so gut es geht, zu vertreten.

Wir sollten deshalb zukünftig unsere Stärken, die Besonderheiten der Polizei, des Polizeiberufes, der vielfältigen Tätigkeiten bei der Polizei oder auch der anderen Sicherheitsbehörden stärker in den Vordergrund stellen.

Das gilt für tarifliche und beamtenrechtliche Regelungen und der Vertretung der Interessen der Polizeibesetzten.

Außerdem müssen wir über eine Konzentration der Beamtinnen und Beamten auf dem engen hoheitlichen Bereich nachdenken.

Warum nicht den staatlichen Hoheitsbereich auf die Justiz, Polizei u. a. Sicherheitsbehörden sowie Verteidigung beschränken?
Das ist sogar auf EU-Ebene vorgeschlagen worden!

Stärkere Vernetzung im Bereich der Inneren Sicherheit

Im Bereich der Inneren Sicherheit findet zurzeit eine starke Vernetzung der unterschiedlichen Sicherheitsbehörden, der privaten Dienstleister und der Hilfsorganisationen für den Katastrophenschutz statt.

Wir müssen diese Entwicklung für uns nutzen und auch für uns als Netzwerk ausbauen, um weiterhin unsere Funktion als Sprecherin der Inneren Sicherheit deutlich wahrnehmen zu können. Hier gilt es, die Interessen zu bündeln.

Veränderung der Sicherheitsarchitektur

Die Sicherheitsarchitektur, insbesondere auf der Bundesebene, muss auf den Prüfstand. Wir werden viele Bereiche finden, in denen unnötige Aufgaben erledigt oder Arbeiten doppelt und dreifach ausgeführt werden.

Wir brauchen auch eine intensive Kooperation und Abstimmung bei den Investitionen.

Was spricht dagegen, wenn man sich im Bereich der Technik gegenseitig unterstützt, z. B. bei den Hubschraubern, oder gemeinsame Anschaffungen macht?

Warum haben wir alle unterschiedliche, teure IT-Systeme, die nur mit einem hohen Aufwand koordiniert werden können?

Hier kann man noch viel Geld sparen, dass wir für andere Dinge viel dringlicher benötigen.

Forderung nach einer Bundesfinanzpolizei

Der Zoll nimmt bereits heute wichtige Aufgaben im Bereich der Inneren Sicherheit wahr: Bekämpfung der Kriminalität im Zusammenhang mit dem Außenhandel, Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, der Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit.

Um die Bekämpfung dieser sozialschädlichen Kriminalität noch weiter zu verbessern, fordert die GdP die Schaffung einer Finanzpolizei, die aus der bestehenden Finanzkontrolle Schwarzarbeit und den Vollzugsteilen des Zolls bestehen sollte.

Konsequenzen für die GdP

- **Die Fachkompetenz der GdP muss ausgebaut werden**
Als Sprecherin der Inneren Sicherheit, in Fachfragen, hat die GdP einen guten Ruf. Wer, wenn nicht wir?
Diese Fachkompetenz sollten wir gemeinsam ausbauen.
Hierfür gilt es, Vorschläge zu erarbeiten.
Wie können wir dieses erreichen?
Wie können wir vorhandene Kompetenz besser nutzen?
Wie können wir weitere Fachleute für die Arbeit der GdP begeistern?

- **Probleme des Arbeitsplatzes als Kernkompetenz unserer gewerkschaftlichen Arbeit**
Ausrüstung und Ausstattung sind für die Kolleginnen und Kollegen von zentraler Bedeutung.
Dies gilt für jede Art des Arbeitsplatzes, ob Büro, Werkstatt oder Streifenwagen.
Das gilt natürlich besonders für alle Ausrüstungsgegenstände, die für die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten dienlich sind.
Von Schutzwesten über Bewaffnung bis hin zur EDV-Ausstattung.
Aber auch die Praktikabilität der Dienstkleidung und das Aussehen sind für die Kolleginnen und Kollegen wichtig.
Der Arbeitsplatz im weiteren Sinne muss im Zentrum der gewerkschaftlichen Vertretung stehen.

Zusammen mit den Personalvertretungen sind hier – auch in diesen schwierigen Zeiten- spürbare Erfolge möglich.

- Stärkung des Wir-Gefühles

Der Entsolidarisierung unserer Gesellschaft, der Individualisierung der Interessen, dem Zerfall sozialer Strukturen, der zunehmenden Vereinzelung in unserer Gesellschaft müssen wir die Gewerkschaft der Polizei als Schutzgemeinschaft gegenüberstellen. Also als erlebbare Solidargemeinschaft, auch für Familien.

Das geht von der Absicherung im Beruf bis zur Hilfe bei der Berufswahrnehmung bzw. Aus- und Fortbildung.

Dazu brauchen wir eine starke GdP, denn viele Mitglieder bedeuten eine hohe Durchsetzungskraft.

Ein deutscher Aphoristiker hat folgendes zu Polizisten gesagt: „Polizisten sind Menschen, die Menschen vor Menschen schützen“.

Damit hat er einen wesentlichen Aspekt unserer Arbeit beschrieben.

Danach lässt sich die Arbeit der GdP folgendermaßen beschreiben:

„Die Gewerkschaft der Polizei ist die Organisation, die diejenigen Menschen schützt, die Menschen vor Menschen schützen.“

Das ist unsere Gewerkschaft der Polizei.

Dafür wollen wir alle guten Mutes, mit ganzer Kraft arbeiten.

Danke für die Aufmerksamkeit!